

I Erläuterungen

Voraussetzungen gemäß KCGO und Abiturerlass in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung

Standardbezug

Die nachfolgend genannten Kompetenzbereiche und Einzelstandards sind für die Bearbeitung dieses Vorschlags besonders bedeutsam.

Analysekompetenz

- Interessen und Macht relevanter Akteure einschätzen (A4)
- den grundlegenden Problemgehalt oder die fundamentale Konfliktstruktur differenziert beschreiben (A5)

Urteilskompetenz

- Zielkonflikte angemessen erfassen (U3)
- sich für eine Lösungsperspektive entscheiden (U4)

Darüber hinaus können weitere, hier nicht explizit benannte Einzelstandards für die Bearbeitung des Vorschlags nachrangig bedeutsam sein, zumal die Kompetenzbereiche in engem Bezug zueinander stehen. Die Operationalisierung des Standardbezugs erfolgt in Abschnitt II.

Inhaltlicher Bezug

Der Vorschlag bezieht sich auf das Themenfeld *Arbeitsmarkt und Tarifpolitik* (Q2.4), insbesondere auf das Stichwort *Tarifvertragsparteien, Tarifpolitik und Tarifautonomie*.

Der kursübergreifende Bezug richtet sich auf das Themenfeld *Gemeinwohl und organisierte Interessen* (Q1.5), insbesondere auf das Stichwort *Verbände zwischen Interessenartikulation und Lobbyismus*.

II Lösungshinweise

In den nachfolgenden Lösungshinweisen sind alle wesentlichen Gesichtspunkte, die bei der Bearbeitung der einzelnen Aufgaben zu berücksichtigen sind, konkret genannt und diejenigen Lösungswege aufgezeigt, welche die Prüflinge erfahrungsgemäß einschlagen werden. Lösungswege, die von den vorgegebenen abweichen, aber als gleichwertig betrachtet werden können, sind ebenso zu akzeptieren.

Aufgabe 1

In einer Einleitung sollen Autor, Titel, Textsorte, Erscheinungsjahr, das Thema und ggf. der Adressat genannt werden: In dem Kommentar „Der Post-Streik und seine unheilvolle Parallele im Jahr 1974“ vom 22.01.2023, erschienen auf der Internetseite welt.de, zeigt Frank Stocker Parallelen und Unterschiede zwischen den Lohnverhandlungen von 2023 und 1974 auf.

- 1974 habe die Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes, wie 2023, 15 Prozent mehr Lohn gefordert.
- Auch damals seien die Energiekosten erheblich gestiegen. Daraus folgte eine hohe Inflationsrate.
- Unterschiede stellt der Autor bei den Entlastungspaketen für die Bevölkerung fest, die es 1974 im Vergleich zu 2023 in der Form nicht gegeben habe.
- Nachdem sich Arbeitgeber und Gewerkschaften nicht hätten einigen können, sei es damals zu Streiks gekommen. Dadurch seien Ämter geschlossen worden. Die Müllabfuhr, die Post und der ÖPNV seien bestreikt worden.
- Nach kurzer Zeit der Arbeitsniederlegung sei eine Einigung von 11 Prozent bei den Lohnverhandlungen erzielt worden. Für die Gewerkschaften sei dies ein großer Erfolg gegenüber den öffentlichen Arbeitgebern gewesen.
- Das Verhandlungsergebnis sei anschließend von Medien, Arbeitgebern und der Opposition stark kritisiert worden.

- Im Anschluss seien die Einkommen aus Unternehmertätigkeit im Vergleich zu den Arbeitseinkommen weniger gestiegen und das habe die Unternehmen zu Rationalisierungen gezwungen, was Massenarbeitslosigkeit zur Folge gehabt habe.
- Am Ende sieht der Autor mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten zwischen den Tarifverhandlungen von 1974 und 2023. Gemeinsamkeiten seien die hohe Inflation, Energiepreise sowie die hohen Lohnforderungen. Im Unterschied zu damals seien die Löhne in den Jahren vor 2023 jedoch weit weniger gestiegen, die Gewerkschaften hätten nicht mehr so viel Macht und die Situation auf dem Arbeitsmarkt stelle sich anders dar.
- So würde die Zahl der Erwerbstätigen künftig sinken. Das führe ohnehin zu mehr Macht für die Arbeitnehmer und so zu schneller steigenden Löhnen.

Aufgabe 2

Es sollen die Grundlagen für den Ablauf von Tarifverhandlungen dargestellt werden:

In vielen Branchen werden in Deutschland die Löhne durch Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verhandelt (Tarifautonomie). Dabei bleibt der Staat bei Verhandlungen außen vor. Wenn es zu Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst kommt, übernimmt der Staat die Rolle des Arbeitgebers. Grundlage für das Prinzip der Tarifautonomie ist die Annahme, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihrer Branche am besten über die Rahmenbedingungen wie Gewinnaussichten oder Geschäftsrisiken informiert sind. Daraus schließt man, dass es so zu den besten Ergebnissen bei Tarifverhandlungen kommen kann. In Art. 9 GG wird dies als sogenanntes Koalitionsrecht geschützt. Streiks dürfen nicht während der Zeit der Friedenspflicht stattfinden, diese endet mit dem Ablauf des Tarifvertrages. Durch Abstimmungen entscheiden die Gewerkschaftsmitglieder über die Arbeitsniederlegung und den Abschluss eines neuen Tarifvertrages. Streiks müssen vorher angekündigt werden und müssen verhältnismäßig sein.

Folgende Aspekte zur Bedeutung von Streiks in der Tarifpolitik können aufgegriffen werden:

- Falls es bei den Tarifverhandlungen zu keiner Einigung kommt, haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, durch Warnstreiks und Streiks ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.
- Als Einzelne/-r haben viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine geringere Marktmacht auf dem Arbeitsmarkt als das Kollektiv. Aus diesem Grund werden Streiks kollektiv durch Gewerkschaften organisiert.
- Ziel von Streiks ist es, durch die Arbeitsniederlegung den Wert der Arbeit gegenüber dem Arbeitgeber deutlich zu machen.
- Durch Streiks werden die Geschäftsprozesse in Unternehmen so gestört, dass diese in dieser Zeit weniger Umsätze machen können. Das setzt die Unternehmen unter Druck, schnell einen Tarifabschluss zu erreichen. Dadurch verbessert sich die Verhandlungsposition der Gewerkschaften.
- Wenn im öffentlichen Dienst gestreikt wird, hat dies vor allem Auswirkungen auf das staatliche Angebot im Sozial- und Pflegebereich. Dies führt häufig zu Folgekosten für die gesamte Volkswirtschaft, da diese Aufgaben nun von der Bevölkerung selbst übernommen werden müssen (z.B. Kita-Schließungen).
- Besonders erfolgreich bei Tarifverhandlungen sind sogenannte Spartengewerkschaften. Diese vertreten innerhalb einer Branche nur eine Berufsgruppe und sind so in ihren Zielen besonders homogen. Außerdem übernehmen sie in ihren Berufen eine Schlüsselposition in ihrer Branche und sind nicht ersetzbar. Beispiele dafür sind Piloten/-innen oder Lokführer/-innen.

Aufgabe 3

Interessenverbände haben beispielsweise folgende Möglichkeiten, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen:

- Insbesondere in Parteien im linken Parteispektrum sind häufig Gewerkschaftsmitglieder zu finden, im liberal/konservativen Lager Arbeitgebervertreter. Durch diese personelle Durchsetzung werden Positionen von Interessenverbänden direkt in den Parteien verankert. Ähnliches gilt für weitere Interessenverbände, bei denen die Verbandsinteressen Ähnlichkeiten zu Parteiinteressen besitzen.
- Durch die Übernahme von Zielen der Interessenverbände durch Parteien können Wählerstimmen aus diesem Bereich generiert werden.
- Interessenverbände können durch Spenden nahestehende Parteien zielorientiert begünstigen.

- Interessenverbände können Informationsasymmetrien gegenüber Politikern und Ministerialbeamten ausnutzen. Das heißt, sie verfügen in einem Politikfeld über mehr und bessere Informationen und können so eine gezielte, interessenorientierte Beratung anbieten und so Einfluss auf die Politik ausüben.
- Innerhalb von Ministerien ist man teilweise abhängig von dem Sachverstand der Interessenverbände. So werden auch hier gezielte Informationen und Beratungen angeboten. Auch beim Prozess der Formulierung von Gesetzesentwürfen können Interessenverbände ihren Einfluss ausüben.
- In Ausschüssen haben Interessenverbände die Möglichkeit, ihre Positionen einzubringen.
- Indirekt können Interessenverbände über die öffentliche Meinung Druck auf die Politik ausüben. So kann über Demonstrationen, Werbemaßnahmen und Kampagnen die öffentliche Meinung im Sinne von Verbänden gebildet werden, was dann zu einer Reaktion der Politik im Sinne der Verbände führen kann.
- Man unterscheidet bei den Mitteln der Einflussnahme von Verbänden zwischen legalen, illegalen und der Grauzone. So werden beispielsweise Regeln der Parteienfinanzierung umgangen, interessenorientierte Experten werden eingesetzt oder es wird nicht deutlich, dass Treffen und Veranstaltungen der politischen Einflussnahme dienen.

Aufgabe 4

Im Material werden die Lohnforderungen von Gewerkschaften thematisiert. Diese werden 2023 vor dem Hintergrund hoher Inflationsraten erhoben.

Für starke Lohnerhöhungen können folgende Argumente in die Diskussion einfließen:

- Die Beschäftigten leiden selbst unter den hohen Preisanstiegen. Um die Realeinkommen zu halten und Wohlstandsverluste abzuwehren, bedarf es einer kräftigen Lohnerhöhung.
- Lohnerhöhungen können zu einer höheren Gesamtnachfrage führen. Das fördert Wachstum und Wohlstand.
- Höhere Löhne erhöhen zudem die Steuereinnahmen über die Einkommensteuer für den Staat sowie die Einnahmen in der Sozialversicherung durch höhere Beitragszahlungen der Beschäftigten und Unternehmen. Auch die Ausgaben von Staat und Sozialversicherungen erhöhen sich in einer Inflation und können so teilweise kompensiert werden.
- Wenn Konzerne hohe Gewinne erzielen, teilweise begünstigt durch die Inflation, sollen auch die Beschäftigten davon profitieren. Die Gewinne dürfen nicht nur für höhere Dividenden und Renditen der Unternehmenseignerinnen und Unternehmenseigner verwendet werden. Auch der Staat profitiert in einer Inflation durch mehr Steuereinnahmen aufgrund von höheren Preisen und sollte dies an seine Beschäftigten weitergeben.
- Höhere Löhne im Vergleich zu Renditen führen zu geringeren Einkommensunterschieden in der Gesellschaft.
- Die gesellschaftliche Wertschätzung kann durch höhere Löhne ausgedrückt werden.
- Höhere Löhne können zum sozialen Frieden beitragen.

Gegen starke Lohnerhöhungen können folgende Argumente in die Diskussion einfließen:

- Durch höhere Löhne und Gehälter steigen auch die Kosten für Unternehmen. Dies kann zu weiteren Preissteigerungen führen (Lohn-Preis-Spirale).
- Durch eine Verstetigung der Inflation kommt es nicht zu einer Realloohnerhöhung, daher führen Lohnsteigerungen nicht zu mehr Wohlstand.
- Durch die höheren Lohnkosten sinkt die Attraktivität für den Standort Deutschland. Gepaart mit den hohen Energiepreisen kann dies zu Abwanderungen von Unternehmen führen. Das führt zu einem Abbau von Arbeitsplätzen.
- Höhere Löhne im öffentlichen Dienst belasten den Staatshaushalt. Das kann zu Einsparungen in anderen Bereichen oder Steuererhöhungen führen.

Die Diskussion soll zu einer schlüssig begründeten Bewertung führen.

III Bewertung und Beurteilung

Die Bewertung und Beurteilung erfolgt unter Beachtung der nachfolgenden Vorgaben nach § 33 der Oberstufen- und Abiturverordnung (OAVO) in der jeweils geltenden Fassung. Bei der Bewertung und Beurteilung der sprachlichen Richtigkeit in der deutschen Sprache sind die Bestimmungen des § 9 Abs. 12 Satz 3 OAVO in Verbindung mit Anlage 9b anzuwenden.

Der Fehlerindex ist nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO zu berechnen. Für die Ermittlung der Punkte nach Anlage 9a zu § 9 Abs. 12 OAVO bzw. des Abzugs nach Anlage 9b zu § 9 Abs. 12 OAVO wird jeweils der ganzzahlige nicht gerundete Prozentsatz bzw. Fehlerindex zugrunde gelegt.

Darüber hinaus sind die Vorgaben der Erlasse „Hinweise zur Vorbereitung auf die schriftlichen Abiturprüfungen (Abiturerlass)“ und „Durchführungsbestimmungen zum Landesabitur“ in der für den Abiturjahrgang geltenden Fassung zu beachten.

Als Kriterien für die Bewertung und Beurteilung dienen unter Beachtung der Zielsetzung der gymnasialen Oberstufe nach § 1 Abs. 2 OAVO neben dem Inhaltlichen auch die in den Kerncurricula genannten überfachlichen Kompetenzen, insbesondere die Sprachkompetenz und Wissenschaftspropädeutik; dies zeigt sich u.a. in qualitativen Merkmalen wie Strukturierung, Differenziertheit, (fach-)sprachlicher Gestaltung und Schlüssigkeit der Argumentation.

Eine Leistung ist mit **„ausreichend“ (5 Punkten)** zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen grundsätzlich nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text in Ansätzen zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- die Grundlagen von Tarifverhandlungen und die Bedeutung von Streiks in der Tarifpolitik ansatzweise dargestellt werden,

Aufgabe 3

- die Möglichkeiten von Interessenverbänden zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen in Grundzügen verständlich erläutert werden,

Aufgabe 4

- unter Berücksichtigung möglicher Folgen ansatzweise diskutiert wird, ob starke Lohnerhöhungen vor dem Hintergrund hoher Inflationsraten angemessen sind,
- ansatzweise eine begründete Bewertung formuliert wird.

Eine Leistung ist mit „gut“ (11 Punkten) zu beurteilen, wenn die für die Bearbeitung der Aufgabe besonders bedeutsamen Kompetenzen weitgehend nachgewiesen werden und in

Aufgabe 1

- der Text strukturiert zusammengefasst wird,

Aufgabe 2

- die Grundlagen von Tarifverhandlungen und die Bedeutung von Streiks in der Tarifpolitik treffend dargestellt werden,

Aufgabe 3

- die Möglichkeiten von Interessenverbänden zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen ausführlich und differenziert erläutert werden,

Aufgabe 4

- unter Berücksichtigung möglicher Folgen differenziert und schlüssig diskutiert wird, ob starke Lohnerhöhungen vor dem Hintergrund hoher Inflationsraten angemessen sind,
- eine schlüssig begründete Bewertung formuliert wird.

Gewichtung der Aufgaben und Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

Aufgabe	Bewertungseinheiten in den Anforderungsbereichen			Summe
	AFB I	AFB II	AFB III	
1	25			25
2	5	20		25
3		25		25
4			25	25
Summe	30	45	25	100

Die auf die Anforderungsbereiche verteilten Bewertungseinheiten innerhalb der Aufgaben sind als Richtwerte zu verstehen.